

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 27. Sitzung des Bundesrates vom 16. August 1978

1. Währungslage

Der Rat nimmt eine grundlegende Lagebeurteilung vor, wobei die drei Mitglieder des Direktoriums der Nationalbank und der Direktor der Handelsabteilung an der Aussprache teilnehmen. Uebereinstimmend wird festgestellt, dass sich die Sturmzeichen in den letzten Wochen häufen, so dass in absehbarer Zeit als Folge des hohen Frankenkurses mit schweren Rückschlägen in der Exportindustrie und in der Folge mit Beschäftigungseinbrüchen zu rechnen ist. Dieser Entwicklung darf nicht tatenlos zugeesehen werden, doch müssen andererseits allfällige Massnahmen wohl überlegt sein, ansonst sie sich nicht in einer Verbesserung, sondern in einer Verschlimmerung der Lage auswirken könnten. Unter diesem Gesichtspunkt ist namentlich in Betracht zu ziehen, dass die Schwierigkeiten der Währungslage nicht "hausgemacht" sind, sondern als Folge internationaler Zusammenhänge auftreten. Die Schweiz allein kann den Zerfall des Dollar-Kurses nicht aufhalten. Mit Interventionen der Nationalbank allein ist es, mit andern Worten, nicht mehr getan. Es muss geprüft werden, wie der schweizerischen Wirtschaft, vorab der Exportwirtschaft, unter die Arme gegriffen werden kann, damit sie der internationalen Konkurrenz gewachsen bleibt. Uebereinstimmend ist man sich einig, dass die Stabilitätspolitik, die uns die niedrigste Teuerungsrate der Welt beschert hat, nicht aufgegeben werden darf, wenn auch gewisse Ritzungen (largere Geldmengenpolitik der Nationalbank) in Kauf genommen werden müssen. Nicht in Frage kommen eine Kontrolle oder eine Spaltung des Devisenmarktes, eine Devisensteuer oder ein neuer Bau-bonus. Auch zum Handelsprotektionismus soll nicht gegriffen werden. Hingegen werden, namentlich von Seiten des EVD, folgende Massnahmen zur Prüfung angeregt: Förderung der Entwicklungshilfe mit Kaufverpflichtungen in der Schweiz, Subventionen für Messebeteiligungen und Kollektivwerbung im Ausland, Subventionierung der Kosten für die Einladung ausländischer Käufer, bzw. für Prospektionsreisen im Ausland. Das Direktorium der Nationalbank ist der Auffassung, dass das Anlageverbot für ausländische Gelder in Wertschriften überprüft und in absehbarer Zeit gelockert, bzw. sogar aufgehoben werden könnte; es regt ferner neue Erleichterungen für steuerliche Abschreibungen an und vertritt die Auffassung, dass der Bund ohne Schaden gewisse Steuerreduktionen und generell ein grösseres Defizit seiner Rechnung in Kauf nehmen könnte. Allgemein ist man der Auffassung, dass die billigeren Importe auf die Konsumpreise im Inland durchschlagen sollten. Im Hinblick auf die internationalen Verflechtungen halten Bundesrat und Nationalbank dafür, dass die Möglichkeiten einer europäischen Koordination ernsthaft zu prüfen sind, wobei jedoch keinerlei voreilige Stellungnahme erfolgen sollte.

Der Rat beauftragt das FZD und das EVD, für die nächste Sitzung je eine Arbeitsgruppe für die währungspolitischen, beziehungsweise die realwirtschaftlichen Massnahmen vorzuschlagen, damit in den kommenden Wochen konkrete Beschlüsse gefasst werden können.

Die Öffentlichkeit wird durch eine Pressemitteilung orientiert (s. Beilage).

2. Auslandreisen

Herr Hürlimann gibt bekannt, dass er - einer Einladung folgend - der Republik Finnland einen mehrtägigen Besuch abstatten werde. Herr Gnägi teilt mit, dass er zur Besprechung des Kompensationsabkommens nach den USA reisen werde. Herr Aubert gibt bekannt, dass er dem russischen Botschafter mitgeteilt habe, dass die für das Frühjahr 1979 in Aussicht genommene Reise nach Moskau verschoben werde. Der Rat befasst sich kurz mit der Opportunität dieser Verschiebung, wobei die Meinung vorherrscht, dass die Sache nochmals geprüft werden sollte.

3. Unwetterschäden im Tessin

Herr Hürlimann orientiert über den Fortgang der Räumungsarbeiten im Tessin. bezüglich der Kosten ist eine umfassende Abklärung im Gange, um festzustellen, wie weit für die Behebung der Schäden gesetzliche Bundessubventionen vorgesehen sind, in welchem Rahmen der Fonds für nichtversicherbare Elementarschäden eingesetzt werden kann und wo die privaten Spenden einzusetzen sind. Herr Gnägi orientiert über die Räumungsarbeiten der Truppe und gibt bekannt, dass nun auch der Kanton Thurgau ein Gesuch um die zur Verfügungstellung von Truppen gestellt hat.

4. Personalfragen

Herr Chevallaz orientiert über Verhandlungen mit den Personalvertretern bezüglich der Einführung der gleitenden Arbeitszeit. Es scheint, dass dieser Neuerung zugestimmt werden muss. Eine schriftliche Unterlage des FZD wird folgen. Aus der Mitte des Rates werden indessen - wie schon früher - einige grundsätzliche Bedenken geäußert.

25.8.1978 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)

PRESSEMITTEILUNG

Der Bundesrat zur Währungs- und Wirtschaftslage

Der Bundesrat hat sich am Mittwoch eingehend mit der Entwicklung der Währungslage und deren Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft befasst. An der Aussprache nahmen auch die Mitglieder des Direktoriums der Nationalbank, die Herren Leutwiler, Schürmann und Languetin, sowie der Direktor der Handelsabteilung, P. Jolles, teil. Eine weitere Sitzung des Bundesrates zur Währungs- und Wirtschaftslage fand am Donnerstag vormittag statt.

Der Wertverlust ausländischer Währungen und die starke Aufwertung des Schweizerfrankens geben Anlass zu grosser Besorgnis. Sie stehen offensichtlich in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu den realwirtschaftlichen Gegebenheiten. Das Ausmass der Höherbewertung unserer Währung macht im exportgewogenen Durchschnitt auf Jahresbasis über 38,3% aus, innert Monatsfrist gegenüber dem Dollar rund 15,5% und der D-Mark 8,3%. Die Export- wie auch die Binnenwirtschaft und der Fremdenverkehr geraten dadurch in rasch zunehmende Schwierigkeiten.

Für ein mit der Weltwirtschaft so eng verflochtenes Land wie die Schweiz ist die Möglichkeit zur Beeinflussung einer durch internationale Verhältnisse hervorgerufenen Lage beschränkt. Die Behebung der Störungen verlangt ein gegenseitig abgestimmtes weltwirtschaftliches Aktionsprogramm, wie es die westlichen Industrieländer, insbesondere im Rahmen der OECD, ins Auge gefasst haben. Der Bundesrat hat dieses Programm sowie die Pläne für ein europäisches Währungssystem eingehend erörtert. Die Realisierung derartiger Vorhaben kann sich indessen nicht unmittelbar, sondern nur allmählich auswirken. Der Bundesrat wird die unerlässliche Zusammenarbeit nach Möglichkeit zu fördern suchen und die Rolle bestimmen, die unser Land dabei zu spielen in der Lage ist.

Der Raum für sinnvolle und wirksame autonome Massnahmen muss konsequent ausgenützt werden. Der Bundesrat prüft und bereitet wirtschafts- und finanzpolitische Massnahmen vor, um allfälligen schwerwiegenden Rückschlägen mit wesentlichen Beschäftigungseinbrüchen entgegenzuwirken.

Bezüglich der staatlichen Förderung des Exportes und des Fremdenverkehrs muss dafür Sorge getragen werden, dass die schweizerische Wirtschaft gegenüber dem Ausland nicht benachteiligt ist. Der Bundesrat befasst sich mit der Vorbereitung entsprechender Massnahmen; auch die Nationalbank wird dazu im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin beitragen und auch die Banken zur Mitwirkung anhalten.

Ueberdies hat der Bundesrat die Nationalbank beauftragt, geeignete Massnahmen zu prüfen, um die Funktionsfähigkeit des Devisenmarktes zu verbessern. Zu diesem Zweck wären auch weitere Anpassungen der Vorkehrungen zur Abwehr ausländischer Gelder in Betracht zu ziehen. Ferner ist die Nationalbank bereit, eine hohe Marktliquidität aufrecht zu erhalten, um der Frankenaufwertung entgegenzuwirken.

Dagegen würden protektionistische Massnahmen im Aussenhandel oder weitere Restriktionen auf währungspolitischem Gebiet die eigene wirtschaftliche Lage nicht verbessern, sondern wegen der internationalen Rückwirkungen noch verschlechtern. Von ausschliesslichen strukturerhaltenden Massnahmen muss aus den gleichen Gründen abgesehen werden.

Bundesrat und Nationalbank sind sich über die Lagebeurteilung sowie den einzuschlagenden Weg einig.

17.8.1978

COMMUNIQUE DE PRESSE

Le Conseil fédéral se prononce sur la situation économique
et monétaire

Le Conseil fédéral a examiné mercredi de manière approfondie l'évolution de la situation monétaire et ses répercussions sur l'économie suisse. Les membres de la Direction générale de la Banque nationale, MM. Leutwiler, Schürmann et Languetin, ainsi que le directeur de la Division du commerce, M. Jolles, participaient à la réunion. Une nouvelle séance du Conseil fédéral consacrée à la situation économique et monétaire a eu lieu jeudi matin.

La baisse des monnaies étrangères et la forte hausse du franc suisse causent de graves préoccupations. Pondérée par le volume des exportations, l'ampleur de la revalorisation de notre monnaie - 58,3% en un an par rapport aux monnaies de nos principaux partenaires commerciaux, 15,5% en un mois face au dollar et 8,3% face au mark - ne correspond manifestement plus en aucune mesure aux réalités économiques.

L'industrie d'exportation, mais également l'économie intérieure et le tourisme sont ainsi entraînés dans des difficultés qui s'aggravent rapidement.

Un pays comme la Suisse, si intégré à l'économie mondiale, a peu de possibilités d'influencer une situation due à des facteurs internationaux. L'élimination des perturbations exige, à l'échelle mondiale, un programme d'action économique concerté, tel que celui dont les pays industrialisés ont délibéré, notamment dans le cadre de l'OCDE. Le Conseil fédéral a longuement débattu ce programme ainsi que le projet de système monétaire européen. Cependant, la réalisation de tels projets ne peut produire des effets que progressivement. Le Conseil fédéral s'efforcera de promouvoir cette coopération dans la mesure du possible et il déterminera le rôle que notre pays peut y jouer.

La marge de manoeuvre pour des mesures autonomes raisonnables et efficaces doit être utilisée avec discernement. Le Conseil fédéral examine et prépare des mesures économiques et financières pour pouvoir faire face, le cas échéant, à de graves fléchissements de l'activité, accompagnés d'un chômage important.

Concernant la promotion par l'Etat des exportations et du tourisme, on veillera à ce que l'économie suisse ne soit pas désavantagée vis-à-vis de l'étranger. Le Conseil fédéral préparera des mesures à cet égard. La Banque nationale continuera d'y apporter sa contribution dans le cadre de ses possibilités et demandera aux banques leur collaboration.

Le Conseil fédéral a chargé en outre la Banque nationale d'étudier des mesures propres à améliorer le fonctionnement du marché des changes. De nouveaux aménagements du dispositif de protection contre les afflux de fonds étrangers seront aussi pris en considération à cette fin. Par ailleurs, la Banque nationale est disposée à maintenir une forte liquidité du marché monétaire pour contrecarrer la revalorisation du franc.

En revanche, des mesures protectionnistes dans le domaine du commerce extérieur et de nouvelles restrictions dans le domaine monétaire n'amélioreraient pas notre situation économique, mais l'aggraveraient par suite des réactions internationales qu'elles susciteraient. Pour des raisons identiques, il faut s'abstenir d'interventions ne visant qu'à maintenir les structures.

Le Conseil fédéral et la Banque nationale apprécient la situation et la marche à suivre de la même manière.

17.8.1978